

LEITARTIKEL

Die Gefahr lauert im Privaten

Die Corona-Einschränkungen müssen geeignet sein, die Infektionsherde einzudämmen

Um den Ernst der Lage begreifbar zu machen, reichen wenige Zahlen: Innerhalb von nur 30 Tagen hat sich die Zahl der Corona-Erkrankten, die auf einer Intensivstation behandelt werden müssen, vervierfacht – und zwar auf rund 1400. Die Rate der Patienten, die künstlich beatmet werden müssen, ist ebenfalls um den Faktor vier gestiegen, auf über 600. „Flatten the Curve“ – also das Abflachen der Kurven, um eine Überlastung der Kliniken zu vermeiden – war im Frühjahr das Hauptargument für einen Lockdown. Nun scheint dies wieder das Gebot der Stunde zu werden.

Doch die Lage ist nicht vergleichbar. Folgt man den Erkenntnissen der Wissenschaft, sind Schulen, Kitas, Geschäfte, der öffentliche Nahverkehr, Hotels sowie Theater oder Kinos keine gefährlichen Infektionsherde, solange die Abstands- und Hygieneregeln (die es im

Ansatzpunkt muss deshalb sein, diese Infektionsherde einzudämmen: Frühe Sperrstunden in Gaststätten, den Alkoholverkauf beschränken, private Kontaktmöglichkeiten begrenzen. Dabei sollte bundesweit einheitlich und mit Augenmaß vorgegangen werden. Dazu gehört, die Auswirkungen der Einschränkungen zeitnah und korrekt zu untersuchen und nachzusteuern, wenn die eine oder andere Maßnahme nicht die erhoffte Wirkung zeigt oder so gut funktioniert, dass sie gelockert werden kann.

Gleichzeitig zeigt die Entwicklung der vergangenen Monate jedoch, dass es nicht gelingen wird, die Pandemie allein mit Schutzregeln und der Nachverfolgung von Kontakten in den Griff zu bekommen. Wir werden noch viele Monate mit dem Virus leben müssen und dabei erleben, dass die Vorsichtsmaßnahmen aus unterschiedlichen Gründen versagen. Deshalb ist es dringend nötig, zweigleisig zu fahren. Dem besonderen Schutz von älteren Menschen und chronisch Kranken muss deutlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Es geht nicht darum, diese Menschen zu isolieren. Es liegen vielmehr bereits ernstzunehmende Vorschläge auf dem Tisch, etwa mehr Unterstützung für Pflegeheime durch spezielle Notfall- und Testteams, reservierte Öffnungszeiten für Risikogruppen, die kostenlose Abgabe von FFP-2-Masken an diese Personengruppe oder großzügige Regelungen bei Taxifahrten zum Arzt.

Sicher, das kostet viel Geld. Aber diese Ausgaben sind gut angelegt, denn sie verhindern nicht nur teure Behandlungen, sondern sie schützen Leben.

Frühjahr noch nicht gab) eingehalten werden. Hotspots sind weitgehend die Orte, wo die Regeln gewollt oder ungewollt nicht befolgt werden, also etwa Pflegeheime, in denen eine Betreuung ohne direkten Kontakt gar nicht möglich ist. Oder aber bei privaten Begegnungen im Freundeskreis auf Partys oder Hochzeiten. Man gibt sich die Hand, man umarmt sich, man redet laut miteinander, um die Musik zu übertönen, man tanzt zusammen. Abstand halten und Maske-Tragen? Fehlanzeige.

KOMMENTAR

Gute Entscheidung

Kein Alkohol zum Auftakt des Karnevals in Köln

Das hat es seit Menschengedenken so nicht gegeben: Zur Sessionseröffnung am 11.11. gilt im gesamten Kölner Stadtgebiet ein Alkoholverbot und Verkaufsverbot außerhalb von Gastronomiebetrieben. Das haben Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Festkomitee-Präsident Christoph Kuckelkorn verkündet. Die Pandemie schreibt Geschichte. Was sich schon vor Wochen mit einer nachhaltigen Empfehlung der Düsseldorfer Staatskanzlei abgezeichnet hat, ist jetzt amtlich. In der Stadt, die sich zu Recht für den Nabel der europäischen Karnevalswelt hält, sind draußen Kölsch und Co. verboten.

Eine gute Entscheidung, denn wohl nur so ist zu verhindern, dass feiervütige Jucken über die Stadt herfallen, hemmungslos

das tun, was sie für Karneval feiern halten, und auf dem Heimweg betrunken zum virologischen Superspreader mutieren.

Nach Köln zu kommen lohnt sich nicht an diesem Tag, das ist die Botschaft. Der offizielle Karneval hat mit der Absage aller Veranstaltungen seinen Beitrag geleistet, Gastronomen und Kioskbetreiber zeigen sich vernünftig. Viele in den Hotspots machen gar nicht erst auf, andere bringen statt tanzenden Jucken lieber Martinisgüsse auf die Tische. All das verbunden mit dem Alkoholverbot und der Ankündigung scharfer Kontrollen – der Plan könnte aufgehen. Ein Fragezeichen bleibt: Sind die Bürger so vernünftig, auch zu Hause auf Partys zu verzichten? „Ich bitte Sie alle darum“, sagte Reker. Ihr Wort in der Kölner Ohr.

STEFAN WÖRRING

stefan.worring@

dumont.de

Herr Grünewald, was zeigt das Krisenbarometer des Psychologen?

Wir beobachten einen massiven Stimmungsumbruch, eine Corona-Korrosion in der Gesellschaft, mit einem Schwanken zwischen Gereiztheit und Resignation. Die Hoffnung auf ein baldiges Ende der Krise sinkt. Der Glaube an die Wunderwaffe Impfstoff schwundet. Die Situation ist aber für die Menschen insgesamt auch viel schwieriger als im Frühjahr.

Warum?

Damals führte der Lockdown doch recht schnell zu spürbaren Ergebnissen und Erfolgserlebnissen: Die Infektionszahlen sanken. Das Gesundheitswesen blieb intakt. Ein Dauer-Hoch mit viel Sonne spendete zudem auch noch Trost von oben. Jetzt kommen das Virus und die Kälte zurück, und vielen kommt es so vor, als hätte ihnen ein halbes Jahr Anstrengung und Verzicht nichts gebracht. Das birgt ein großes Frustpotenzial. Zu diesem Realitätsdruck gesellt sich jetzt aber auch noch ein Gewissensdruck, wenn einige Politiker und Medien unablässig die Disziplinlosigkeit der Bürger anprangern. Eine solche Kollektivschelte trifft auch die Beflügelten und Rechtschaffenen, die sich nun doppelt bestraft fühlen – durch die Zahlen und den politischen Zeigefinger.

Die „Methode Söder“ mit drastischen Warnungen und Sanktionsandrohungen halten Sie dennoch für kontraproduktiv?

Diese Rhetorik bedient den Wunsch eines knappen Drittels der Bevölkerung, das noch härtere Maßnahmen und ein schärferes Durchgreifen verlangt. Dem steht aber ein apathisch-anarchischer Reflex gegenüber. Die Leute haben das Gefühl: Was soll das denn noch? Es hat doch alles keinen Zweck.

Es geht aber doch nicht nur um Gefühle. Sollen die Politik tatenlos zusehen, wenn doch klar ist, dass es zum Beispiel die privaten Feiern sind, die zur unkontrollierten Verbreitung des Virus beitragen?

Nein, die Politik muss klar aufzeigen, wo die derzeitigen Gefahren und Risiken liegen. Sie sollte das aber sachlich und ohne moralischen Druck tun. Denn der Druck führt zu sozialen Schuldverschreibungen. Der Mitmensche wird dann als Sicherheitsrisiko oder als Angsthasen gesehen und die Wut aufeinander schaukelt sich hoch.

Aber noch einmal: „Spreader-Events“ mit ihren Folgen sind doch keine bloßen Wutfantasien.

Eine Zunahme der Sorglosigkeit lässt sich in unseren Studien nicht belegen. Wir kommen aus einer Situation im Sommer, in der die Menschen ihr soziales Leben doch wieder recht unbesorgt gestalten konnten. Dieses Verhalten sollte nicht nachträglich mit einem Schuldurteil belegt werden – nach dem Motto: „Jetzt bekommt ihr die Quittung für eure Unvernunft

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

„Ermutigung statt Moralpredigt“

Durch eine Kollektivschelte, die Disziplinlosigkeit in der Corona-Krise anprangert, fühlen sich viele Menschen doppelt bestraft

STEPHAN GRÜNEWALD

ist Geschäftsführer

des Kölner

„rheingold“-Instituts.

Er spricht aus

psychologischer

Sicht über

geschäftlich

relevante Themen

und euer Sommer-Sorglos-Feeling.“ Weil das Virus in der kalten Jahreszeit optimale Bedingungen vorfindet, stehen wir heute vor einer ganz anderen Herausforderung. Was im Sommer noch problemlos möglich war, ist jetzt hochgefährlich. Es braucht einen gemeinsamen Kraftakt, der es erfordert, jetzt von Sommerfeiern auf Winterfeiern umzustellen.

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass dieser Appell fruchtet?

Meines Erachtens kommen wir mit zwei Jahren Daueralarmismus nicht durch Krise, sondern nur mit einem Gefühl für Rhythmen, Lebensrhythmen. Eigentlich das, was wir immer schon kannten: Im Sommer lebt es sich anders als im Winter. Wir müssen uns daran ausrichten, unter welchen Bedingungen das Virus stärker oder schwächer grassiert.

Der Gastwirt um die Ecke wird sagen: Den nächsten Rhythmuswechsel überleben wir aber nicht.

Das stimmt. Und auch deshalb wäre es falsch, das öffentliche Leben wieder komplett herunterzufahren. Der Kinobesitzer, der Theaterebetreiber, der Gastwirt – die haben doch ein vitales

„Mit den Zahlen des Robert-Koch-Instituts fängt jeder Tag doch schon mit einer Backpfeife an

Interesse daran, dass ihre Betriebe weiterlaufen, mit Hygienekonzepten, die in der privaten Sphäre niemand durchsetzen und kontrollieren kann.

Also kein zweiter Lockdown?

Ohne weitere Maßnahmen drohen uns Infektionszahlen wie in unseren Nachbarländern. Ich warne aber vor bloßem Aktionismus. Die Maßnahmen müssen nachvollziehbar und einheitlich sein, sonst wirkt politisches Handeln planlos und irreführend. Und sie müssen wirksam sein, sonst werden die Menschen erst recht resignieren. Angesichts der Herausforderung ist es wichtig, Mut machen. Mit den Infektionszahlen des Robert-Koch-Instituts fängt jeder Tag doch schon mit einer Backpfeife an. So alarmierend die Zahlen sind, der Blick über die Grenzen zeigt, dass wir immer noch vergleichsweise gut dastehen und bestärkt uns so, diesen Weg auch fortzusetzen.

Soll heißen: Disziplin lohnt sich, Anstrengung zahlt sich aus?

Anspann statt Moralpredigt. Das würde ich mir wünschen.

Das Gespräch führte
Joachim Frank

KOMMENTAR

Unwürdige Eile schadet Trump

US-Präsident setzt seine Kandidatur für Richteramt durch

MATTHIAS KOCH

Stolz ließ sich Wahlkämpfer Donald Trump mit der frisch vereidigten Supreme-Court-Richterin Amy Coney Barrett ablichten wie mit einer Trophäe. Seht her, will er seinen Anhängern sagen, ich liefere euch eine konservative Katholik als neue oberste Richterin, und das eine Woche vor der Präsidentschaftswahl.

Doch es ist ein seltsamer Sieg, der hier zelebriert wird. Die unwürdige Eile, mit der Barrett durchgesetzt wurde, hat nicht nur dem Ansehen des Obersten Gerichtshofs geschadet, sondern auch den Republikanern. Trumps Leute wirkten zuletzt wie Panzerknacker, die sich im Tresor noch Geldpäckchen in die Taschen stopfen, während von draußen schon das Heulen sich nähernder Polizeisirenen zu hören ist – nach jüngsten Umfragen verlieren die Republikaner am Dienstag nicht nur das Weiße Haus, sondern auch die Mehrheit im Senat.

Barretts richterliche Macht, die sie noch auf Jahrzehnte wird ausüben können, ist groß. Klein ist dagegen der aktuelle Effekt ihrer Berufung auf den Wahlgang am Dienstag. Trump hatte damit die zahlreichen Katholiken im Süden des wichtigen Swing States Pennsylvania überzeugen wollen. Doch denen macht Joe Biden gerade ein attraktives Angebot ganz eigener Art. Wenn sie ihn wählen, den Sohn irischer Einwanderer, der in Scranton, Pennsylvania, als Kind eines Autohändler gelebt hat, könnten sie erstmals seit John F. Kennedy einen Katholiken ins Weiße Haus entsenden. Was eigentlich spricht aus ihrer Sicht dagegen, setzt Biden zu wählen – nachdem Trump ihnen schon sechsen geliefert hat, was er liefern konnte?

Köln Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neuen DuMont & Co., Christian DuMont Schütte, Isabella Neuen DuMont.
Verleger: Christian DuMont Schütte, Isabella Neuen DuMont.
Stellvertreter: Lutz Feilabend, Rudolf Kretz (Beiräte).
Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner (Politik), Sarah Bracke (Premienn).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Köln: Christian Hummel (Leitender Redakteur), Landeskorrespondent: Gerhard Wögel (Leitender Redakteur).
Neueste: Benjamin Quiring: NRW/Sport; David Schmalzer: Wirtschaft; Thorsten Breckhoff: Sport; Christian Loh: Kultur; Frank Ollert: Magazin; Eva Fiedler, Jenny Meyers: Reportage; Wörsch: Medien; Claudia Lehnen: Chefredakteur; Peter Berger: Karneval; Wagner: Produktion; Klaus Schröder: Redaktions; Michael Grelat, Christine Badke: Alle verantwortlich und verantwortlich in Köln.
Hauptstadtredaktion: Steven Geyer (stv. L&J), RND Berlin GmbH, GP Marco Fenske.
Auslandsvorstellungen: Paris: Birgit Holzer; London: Katrin Pribyl; Washington: Karl Doerners; Brüssel: Damiir Fra; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerold Höhr; Istanbul/Nikosia: Frank Nordhausen; Johannesburg: Johannes Dietrich.

Nachrichtengeneratoren: dpa, apf, stf, kda

E-Mail Redaktionen: köln-redaktionen@dumont.de;

Fax Redaktionen: 0221/224 2524.

Verlag: M. DuMont Schauberg - Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, 50939 Köln, Neuen DuMont-Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln.

Postbank Köln: Köln, BIC: DRES3333, IBAN: DE50 3701 0550 0000 2505 05.

Verlagsgesellschaft: Carsten Groß, Karsten Hundhausen (Medienverkauf).

Leiter Medienverkauf und Vertrieb: MVR Media-Vermarktung Rheinland GmbH; Matthias Liebert; Leiterin Vertrieb: Birgit Lobbroich.

Ein Unternehmen des Medienhauses DuMont Rheinland.

Das Bezugsgehalt enthält 5 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Premium. TV-Magazin zur Zeitung.

Gültig Anzeigenpreisliste Nr. 22 vom 1. Januar 2020 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen, Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG.

Telefon: 0221 / 92584020, Fax: 0221 / 224 23 32

Anspann: statt Moralpredigt. Das würde ich mir wünschen.

Abonnenten-Service: Tel. 0221 / 92584020, Fax 0221 / 224 23 32

Anspann: statt Moralpredigt. Das würde ich mir wünschen.

Anzeigen-Service: Tel. 0221 / 92584020, Fax 0221 / 224 23 32

E-Mail: anzeigen.koeln@dumont.de

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.

Köln Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de